





Stadtpolizeiliche Statistik 2020



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die nunmehr 11. Ausgabe der Stadtpolizeilichen Statistik ist eine besondere, nicht nur, weil sie in einem neuen, frischen und modernen Design erscheint, sondern weil sich in der nun für das Jahr 2020 vorliegenden Zusammenstellung der Statistikdaten der Einfluss der COVID-19-Pandemie vehement niederschlägt. Corona hat dem Ordnungsamt – und damit selbstverständlich auch der Stadtpolizei – neue und zusätzliche Aufgaben im Bereich Sicherheit verschafft, Corona hat aber auch wieder gezeigt, dass Sicherheit ein Grundbedürfnis der Men-



schen ist. Abstandsregelungen, Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum, Hygienevorkehrungen in Geschäften und Restaurants, Schließung von Geschäften, Restaurants und Clubs, Einhaltung der Maskenpflicht und Alkoholverbot im öffentlichen Raum – das sind alles Dinge, die unser tägliches Leben stark beeinflussen und uns in unseren Rechten einschränken. Aber es sind lebensnotwendige Dinge, die eingehalten werden müssen.

Keine Regel wird auf Dauer umgesetzt, wenn sie nicht auch kontrolliert wird. Anhand der hier ersichtlichen Zahlen wird klar, welch herausragende Arbeit die Stadtpolizei dabei kontinuierlich und zusätzlich zu ihren anderen vielfältigen Aufgaben leistet. Und es geht bei diesen Maßnahmen einzig um Gesundheits- und Bevölkerungsschutz, der uns alle vor schlimmeren Auswüchsen und gravierenden Langzeitfolgen der Pandemie bewahrt.

Frankfurt am Main, als größter Stadt Hessens, kommt hier – wie auch in vielen anderen Bereichen – eine Vorbildfunktion zu. Das Thema Sicherheit ist für die Frankfurterinnen und Frankfurter und auch ihre Gäste von großer Bedeutung. Die Stadtpolizei leistet einen wichtigen Beitrag im Sicherheitsnetzwerk und hat dies gerade in diesen schwierigen Zeiten erneut bewiesen.

Denn nicht nur die zusätzlichen Aufgaben im Rahmen der Corona-Verordnungen, sondern auch die originären Belange und Zuständigkeiten werden in bewährter Weise bearbeitet und im Auge behalten.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine informative Lektüre. Ich hoffe, Sie erhalten interessante Einblicke in die Erfolge einer Stadtpolizei, die auch zukünftig mit engagiertem Handeln und viel Leidenschaft dazu beitragen wird, dass Frankfurt am Main das bleibt, was es ist: Die sichere Main-Metropole mit Herz.

Ihr

Markus Frank

Dezernent für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 stand für uns alle ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Diese Ausnahmesituation hat die komplette öffentliche Verwaltung vor neue Herausforderungen gestellt. Geschlossene Ämter, Publikumsverkehr nur noch mit vorheriger Terminvereinbarung möglich, all dies bedeutete neue Abläufe sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Ganz besonders wurde die tägliche Arbeit der Stadtpolizei durch die notwendigen Maßnahmen beeinflusst, war doch die Prioritätensetzung nun eine gänzlich andere. Neue ordnungsrechtliche Verfügungen mussten umgesetzt und das eigene Handeln diesen permanent angepasst werden.

Doch neben der Mammutaufgabe der Kontrolle der jeweils geltenden Regelungen zur Eindämmung von Covid-19 durften auch die originären Aufgaben nicht gänzlich vernachlässigt werden.

Aufgrund der komplett veränderten Lage ist die vorliegende Statistik auch anders zu betrachten als die bisher vorgelegten. Doch sie zeigt eindrucksvoll, wie leistungsfähig und flexibel die Stadtpolizei des Ordnungsamtes arbeitet.

Ich bin stolz auf die Leistung der Stadtpolizei, die sich in dieser Auswertung wiederfindet. Sie ist Beleg für die gute und engagierte Arbeit und macht deutlich, dass das Ordnungsamt mit seiner Stadtpolizei nicht nur ein verlässlicher Partner für andere Ämter und Institutionen ist, sondern vor allem für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger.

Karin Müller

Leiterin des Ordnungsamtes

<u>Inhaltsverzeichnis</u>

	Seite
Vorworte	1 - 2
Darstellung besonderer Schwerpunkte	
Corona-Maßnahmen	4 - 8
Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht	9 - 11
Operative Kontroll- und Ermittlungseinheit – OPE	12 - 13
Weitere statistische Werte	14
Streifendienst	15 - 16
Sicherheitstelefon	17
Sicherheitsmobil	18
Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten	19 - 20
Gewerbeüberwachung und Sondernutzungskontrollen	21 - 22
Gesundheitsaufsicht	23
Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung	24
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen	25
Verstöße rund ums Auto	26
Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden	27 - 28
Waffenkontrollen	29
Testkäufe Alkohol	30
Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen	31
Repressive Maßnahmen	32
Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung	33
Strafanzeigen der Stadtpolizei	34
Impressum	

Stadtpolizei und Corona



Corona-Pandemie bestimmt die Arbeit der Stadtpolizei

Die diesjährige Statistik ist gekennzeichnet durch die Orientierung der Einsatz- und Kontrollmaßnahmen der Stadtpolizei fast ausschließlich auf die Überprüfung der Einhaltung der jeweils gültigen Corona-Vorschriften des Landes Hessen sowie der Allgemeinverfügungen der Stadt Frankfurt.

Bereits Anfang März 2020 erfolgte aufgrund der stark ansteigenden Infektionszahlen die Ausrichtung aller Maßnahmen auf den Schwerpunkt "Corona".

Alle Dienstgruppen, d.h. sowohl die uniformierten als auch die zivilen Dienstgruppen, die sonst spezielle Ermittlungs- und Kontrolltätigkeiten durchführen, wurden mit Überprüfungen hinsichtlich der Einhaltung der Corona-Vorschriften beauftragt.

Die originären Aufgaben wurden, soweit dies rechtlich und tatsächlich möglich war, zurückgestellt und ganz auf die jeweils lagebedingt erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung und Durchsetzung der Corona-Vorschriften konzentriert.

Vor diesem Hintergrund sind alle erhobenen statistischen Daten zu betrachten, d.h. einige Tätigkeits- und Deliktsbereiche sind überproportional angestiegen, andere gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen. Die Corona-bedingten Auswirkungen sind bei jedem einzelnen Bericht in der Statistik zu berücksichtigen.

Insgesamt zeigt die Statistik, trotz dieser speziellen Ausrichtung der stadtpolizeilichen Tätigkeiten, ein umfassendes Bild der durchgeführten Maßnahmen; vor allem, dass es gelungen ist, auch die originären Aufgaben der Stadtpolizei weiterhin gut zu erfüllen.

<u>Erläuterung der statistischen Erhebung der Einsatz- und Kontrollmaßnahmen</u> der Stadtpolizei im Rahmen der Corona-Pandemie

Die Stadtpolizei ist neben dem Gesundheitsamt für die Durchführung der Maßnahmen nach der Corona- Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung (CoKoBeV) zuständig.

Frühjahr und Sommer 2020

Nachdem Anfang März 2020 die Infektionszahlen deutlich anstiegen, begann die Stadtpolizei entsprechende Kontrollmaßnahmen durchzuführen. Der gesamte Außendienst – zivile und uniformierte Dienstgruppen – und sogar Bereiche, die sonst keine Außendienstaufgaben wahrnehmen, wie die Aus- und Fortbildung, wurden für die Kontrollmaßnahmen eingesetzt.

Zunächst konzentrierten sich diese Kontrollen auf Gaststätten, Gewerbebetriebe, Grünanlagen, Parks sowie die Anzahl der Personen, die sich im öffentlichen Raum treffen durften.

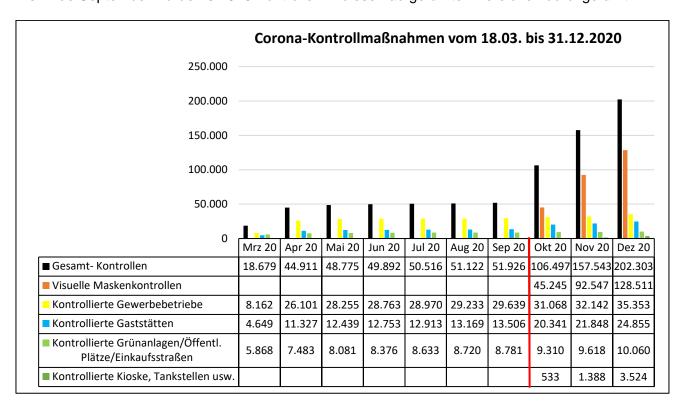
Nachdem Anfang Mai 2020 aufgrund der zwischenzeitlich gesunkenen Infektionszahlen immer mehr Lockerungen vorgenommen wurden, hatte die Stadtpolizei die Aufgabe die öffentlichen Plätze, wie

- Alte Oper
- Friedberger Platz / Matthias-Beltz-Platz / Luisenplatz
- Kleinmarkthalle
- Grüneburgpark, Günthersburgpark, Lohrberg, Ostpark an jedem Wochenende über die gesamte Sommerzeit bis in den Herbst hinein zu überwachen, um eine erneute Infektionswelle, die auf diesem Wege hätte entstehen können, zu verhindern.

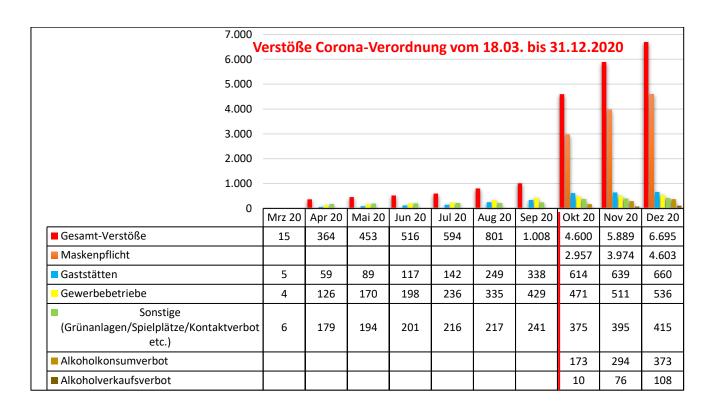
Ebenso regelmäßig kontrolliert wurden

- Clubs, Bars, Shisha-Bars
- Gaststätten, Restaurants
- Einzelhandel und Gewerbebetriebe
- Hochzeiten und andere große Familienfeiern

Bis Ende September wurden 51.926 Kontrollen in diesen aufgeführten Bereichen durchgeführt.



Im April wurde der Schwerpunkt insbesondere auf die Kontrollen von Gaststätten und Gewerbebetrieben gelegt. Ab Mai verlagerte sich das Geschehen maßgeblich auf die öffentlichen Plätze, so dass die Kontrollen entsprechend angepasst wurden, was den geringeren Anstieg der Gesamtkontrollen zwischen Mai und September erklärt.



Herbst und Winter 2020

Ab Anfang Oktober änderte sich der Aufgabenschwerpunkt für die Stadtpolizei erneut, da mit Beginn der zweiten Corona-Welle die Einhaltung der Maskenpflicht einen besonderen Stellenwert einnahm und bis heute noch einnimmt.

Die Stadtpolizei führte umfassende Kontrollen hinsichtlich des Tragens eines Mund-Nasen-Schutzes im öffentlichen Raum, mit besonderer Schwerpunktsetzung im Innenstadtbereich, wiederum mit allen verfügbaren Einsatzkräften durch.

Hierbei erfolgte eine visuelle Überprüfung, d.h. die im Nahbereich der Einsatzkräfte wahrgenommenen Personen wurden genau in Augenschein genommen und dabei überprüft, ob der vorgeschriebene Mund-Nasen-Schutz korrekt oder überhaupt getragen wird.

Aus dieser Art der Erfassung ergeben sich die hohen Zahlenwerte der Kontrollmaßnahmen.

Eine Personenüberprüfung mit Feststellung der Personalien und Einleitung eines Bußgeldverfahrens bzw. Verhängung einer Barverwarnung in Höhe von 50 Euro (bei direkter Bezahlung vor Ort) fand nur bei festgestellten Verstößen gegen die CoKoBeV/Allgemeinverfügung der Stadt Frankfurt am Main statt.

Bei 128.511 im gesamten Stadtgebiet durchgeführten visuellen Maskenkontrollen wurden bis Dezember 4.603 Verstöße festgestellt. Dies entspricht einer Quote von 3,6 %.

Dieser niedrige Wert ist u.a. durch 2 Faktoren zu erklären: Die Stadtpolizei führte die Kontrollen bewusst in Uniform und gut erkennbar durch, um über die offene Präsenz zur Verhaltensverbesserung beizutragen. Hierdurch hielten sich insbesondere in den regelmäßig im Innenstadtbereich kontrollierten Bereichen die meisten Menschen an die Maskenpflicht; dies entspricht dem Ziel der Maßnahmen, die Menschen zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes zu bewegen, um Infektions-übertragungen zu verhindern.

Parallel zu den Maskenkontrollen wurden ab November Kontrollen von Gaststätten, Restaurants und Bars hinsichtlich der Einhaltung der Schließungsverfügungen sowie die Überprüfung des Einzelhandels bezüglich des Verkaufs erlaubter Artikel, möglicher Sortimentsänderungen oder -erweiterungen der geöffneten Geschäfte ausgerichtet.

Bis zum Jahresende wurden 70.268 Kontrollen in Gaststätten, Gewerbebetrieben, und in Grünanlagen/auf öffentlichen Plätzen durchgeführt (Tankstellen, Kioske nicht mitgerechnet, weil bis September nicht erfasst).

Insgesamt wurden bei diesen Kontrollen 1.611 Verstöße festgestellt, was einer Quote von 2,2 % entspricht; d.h. die Missachtung der Vorschriften war in diesen Bereichen gering.

Im Zeitraum von Oktober bis Dezember wurden insgesamt 21.866 Kontrollen in Gaststätten, Gewerbebetrieben und in Grünanlagen/auf öffentlichen Plätzen durchgeführt; Tankstellen und Kioske kamen ab Oktober hinzu.

Ein ganztägiges Alkoholkonsumverbot an besonders ausgewiesenen öffentlichen Plätzen, Orten und Anlagen sowie ein generelles Alkoholverbot im öffentlichen Raum in der Zeit von 23.00 Uhr bis 06.00 Uhr wurden notwendig, nachdem sich Hotspots gebildet hatten, in denen der Genuss von Alkohol dazu führte, dass die infektiologisch wichtigen Abstands- und Hygienemaßnahmen nicht mehr im erforderlichen Umfang eingehalten wurden.

Im Zeitraum Oktober bis Dezember wurden 1.084 Verstöße (bis September waren es 1.008) festgestellt. Hier sind die nun gültigen Alkoholkonsum- und Alkoholverkaufsverbote miterfasst. Die Quote der Verstöße gegenüber den durchgeführten Kontrollen stieg in diesem Zeitraum auf 4.9 %.

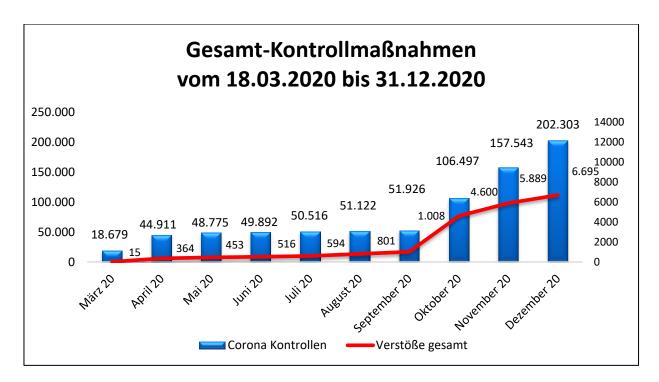
In diesem Wert spiegelt sich neben anderen Faktoren, wie den Alkoholverstößen, auch der gestiegene Unmut der Bevölkerung gegen die lang andauernden Maßnahmen sowie die starken Einschränkungen in der Weihnachtszeit wider, den die Stadtpolizistinnen/Stadtpolizisten bei ihren Streifengängen und Kontrollmaßnahmen immer mehr zu spüren bekamen.

Die Gesamtzahl aller stadtpolizeilich durchgeführten Kontrollen, d.h. 128.511 visuelle Maskenkontrollen plus 73.792 sonstige Kontrollen beträgt 202.303.

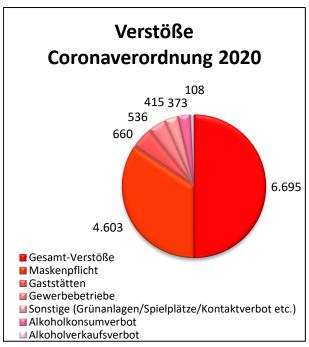
Dabei wurden 6.695 Verstöße festgestellt, was einer Quote von 3,3 % entspricht.

In den nachfolgenden Grafiken zeigt sich der Anstieg der Kontrollmaßnahmen im Vergleich zu den festgestellten Verstößen. Hieraus wird deutlich, dass die Quote der Verstöße entgegen der subjektiven Wahrnehmungen weitaus niedriger liegt.

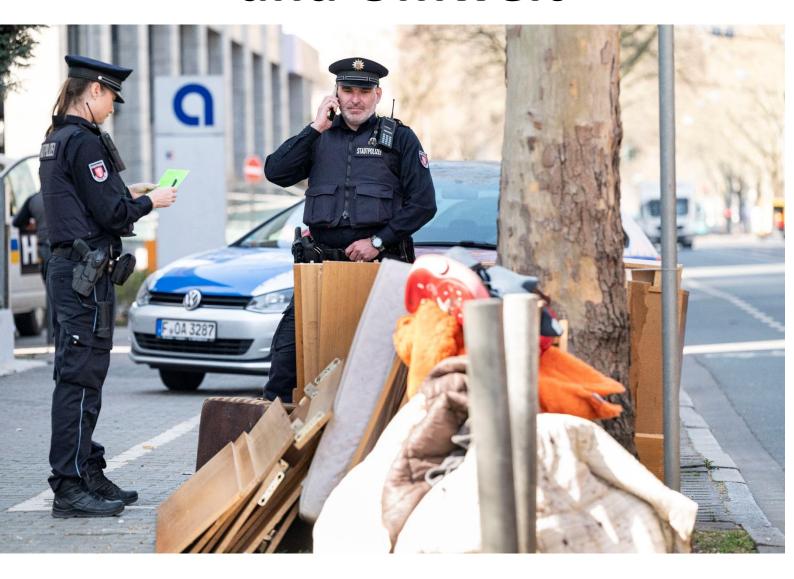
Unberücksichtigt bleiben hier allerdings die Verstöße gegen die Maskenpflicht, die bei großen Personenansammlungen auf den öffentlichen Plätzen und in Parks nicht in vollem Umfang kontrolliert bzw. sanktioniert werden konnten.







Stadtpolizei und Umwelt



<u>Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht</u> Einrichtung einer Task-Force-Umwelt (TFU)

Eine weitere Folge der Corona-Pandemie war 2020 die deutliche Zunahme an Abfall/Müll im gesamten Stadtgebiet. Viele Bürger nutzten die Zeit zuhause für Renovierungen oder sonstigen Hausputz und einige entsorgten die Überreste illegal im öffentlichen Raum. Die zuständigen Reinigungskräfte der FES konnten aufgrund dieses enormen Anstieges von über 30 % nicht in dem Maße, wie sonst üblich, den Müll entsorgen. Hierdurch kam es zu breiter Kritik in der Öffentlichkeit, die auch die Stadtpolizei erreichte.

Vor diesem Hintergrund wurde zum 1. Juli die Sondereinheit "Task-Force-Umwelt", ergänzend zur Dienstgruppe "Umwelt- Naturschutz / Abfallrecht", eingerichtet und ihr entsprechend Personal zugewiesen. Unter Koordinierung eines Müllsonderbeauftragten wurden sowohl in der Dienstgruppe als auch in der Sondereinheit TFU umfangreiche und intensive Ermittlungen bei festgestellten Müllablagerungen durchgeführt. Hierdurch konnte erreicht werden, dass seit Beginn der statistischen Erhebungen die höchste Zahl an Abfallermittlungen registriert wurde. Dies entspricht einer Steigerung von 25,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Mit der FES und der Stabstelle Sauberes Frankfurt, die für die Beseitigung des Abfalls und Mülls zuständig sind, sowie dem Umwelt- und dem Grünflächenamt wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, in der die Maßnahmen zur Ermittlung der Täter und die Beseitigung des Mülls und Abfalls effizient koordiniert wurden.

Zum 1. Juli wurde zusätzlich die Obergrenze des Verwarngeldes auf 55 € bei Kleinmüllverstößen erhöht sowie die Sperrmüllverstöße um 50 € nach oben angepasst.

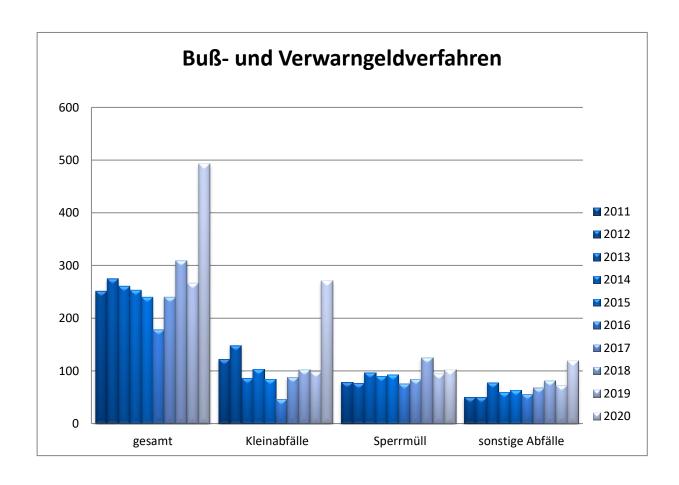
Abfallermittlungen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	1.375	1.109	1.126	1.243	1.306	1.259	1.181	1.360	1.298	1.632



Eingeleitete Buß- und Verwarngeld- verfahren	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	251	275	261	253	240	178	240	309	267	493
- Kleinabfälle	122	148	86	103	84	46	88	102	99	271
- Sperrmüll	79	77	97	90	93	76	84	125	95	102
- sonstige Abfälle	50	50	78	60	63	56	68	82	73	120

Der Anstieg bei den eingeleiteten Buß- und Verwarngeldverfahren resultiert maßgeblich aus den gestiegenen Abfallermittlungen. Hier ist ein Anstieg von 64,4 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (sonstige Abfälle).

Durch die im Bereich der Innenstadt verstärkte Überwachung hinsichtlich des Abfallaufkommens wurden auch mehr Umweltsünder überführt, die sorglos ihre Kleinabfälle (Zigarettenkippen, -schachteln, ToGo-Becher) im öffentlichen Raum entsorgten. Hier ist eine Steigerung um 173 % festzustellen.



Die OPE der Stadtpolizei



<u>Einrichtung einer "Operativen Kontroll-</u> und Ermittlungseinheit – OPE

Am 01. Juni 2020 wurde eine Operative Kontroll- und Ermittlungseinheit mit fünf Bediensteten bei der Stadtpolizei eingerichtet.

Die OPE hat die Aufgabe, auf aktuelle Entwicklungen schnell und flexibel zu reagieren und in Kooperation mit bzw. in Ergänzung zu den anderen Dienstgruppen der Stadtpolizei gezielte operative Maßnahmen durchzuführen.

Da die OPE zu unterschiedlichen Dienstzeiten, auch abends und nachts, einsetzbar ist, konnten die Ermittlungs- und Kontrolltätigkeiten der Stadtpolizei wirksam ergänzt und verbessert werden.

Bisher wurde die OPE für die Ermittlungen in den Bereichen der

- illegalen Prostitution, insbesondere der Straßenprostitution im Bahnhofsgebiet,
- Bekämpfung des illegalen Glücksspiels,
- gezielten Überwachung von Gaststätten und Gewerbebetrieben, die wiederholt gegen Corona- / andere Vorschriften verstoßen haben.

eingesetzt.

1079

Maßnahmen und Ergebnisse

Personenkontrollen

Die OPE führte vom 01.06. bis 31.12.2020 an 42 Tagen Sonderdienste, überwiegend zu Nachtzeiten, mit folgenden Ergebnissen durch:

565	Gewerbekontrollen	78	Sicherstellungen
801	Corona-VO Kontrollen	26	Barverwarnungen
94	IfSG Kontrollen	20	Vorladungen/ Vernehmungen zur
69	Kontrollen nach dem		Vernichtungsvorbereitung Spielgeräte
	Prostituiertenschutzgesetz	37	Vorladungen zu Vernehmungen
		16	Meldungen Zoll
		8	Festnahmen/ hiervon 2 Haftsachen
		4	Wohnungs-/ Gewerbedurchsuchungen

122

Platzverweise

Ordnungswidrigkeitenanzeigen

- 255 Gewerberecht (incl. Jugendschutz, Immission, HNRSG, etc.),
- 225 Sperrgebiets-VO
- 435 Corona-VO

121.695,00 Euro Bußgeldforderungen

Strafverfahren

- 19 Sonstige Strafverfahren
- 6 Arbeitgeberverfahren
- 10 Asyl- und Aufenthaltsgesetz
- 37 Strafverfahren wg. beharrlicher Ausübung d. Prostitution

Bargeldeinziehungen

im Rahmen der durchgeführten Kontrollen für das Kassen- und Steueramt:

5.921,60 Euro

Weitere statistische Werte



Streifendienst

Die Streifentätigkeit hat im Jahr 2020 ein Allzeithoch erreicht und dabei erstmals die Schwelle von 80.000 Streifenstunden überschritten. Ursächlich hierfür waren die vielen Corona-Überwachungsmaßnahmen, die den Streifendienst im vergangenen Jahr dominierten.

Mit dazu beigetragen hat der zusätzliche Einsatz von Mitarbeitenden aus den zivilen Dienstgruppen bei der Überwachung der Schließungsvorgaben im Einzelhandel sowie Kontrollen in Gaststätten- und Gewerbebetrieben. Hierbei wurde vor allem die Einhaltung der Abstandsgebote und das ordnungsgemäße Führen der "Gästelisten" überprüft.

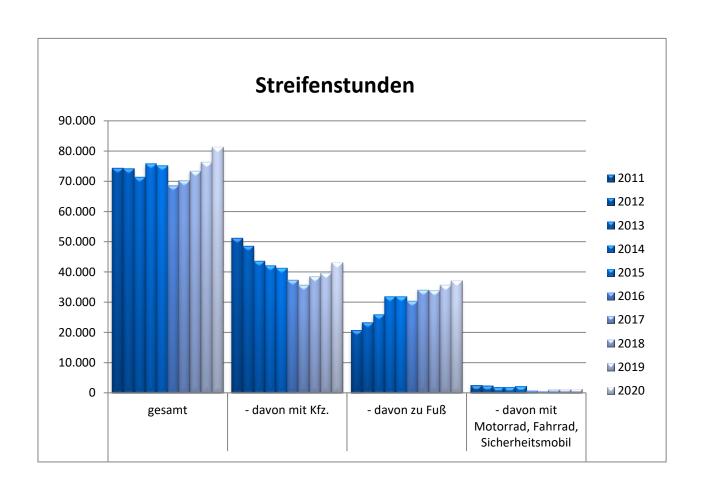
Im Rahmen der stadtweiten Kontrollmaßnahmen kam es verstärkt zu Kraftfahrzeugstreifen, da zum Teil erhebliche Strecken zu und in den Stadtteilen zurückgelegt werden mussten, um die Kontrollen durchzuführen. Dieses wiederum bedingte eine stärkere Zunahme der KFZ-Streifen gegenüber den Fußstreifen.

Das Arbeitspensum war letztendlich nur durch viele zusätzliche Sondereinsätze zu bewältigen, die insbesondere durch die uniformierten Kräfte zur Überwachung der sog. Hotspots an den Wochenenden geleistet werden mussten.

Fußstreifen / Streifengänge in den Stadtteilen

<u>Jahr</u>	Entwicklung der Fußstreifenstunden	Anteil aller Streifen im
	am Gesamtstreifenaufkommen:	Innenstadt-/Bahnhofsgebiet:
2011 :	27,9%	35,9%
2012 :	31,4%	32,0%
2013:	36,1%	33,7%
2014:	41,9%	37,5%
2015:	42,3%	34,7%
2016:	44,3%	36,0%
2017:	48,4%	48,2%
2018:	46,2%	53,3%
2019:	46,7%	47,6%
2020:	45,6%	45,5%

Streifen- stunden	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	74.308	74.188	71.328	75.807	75.228	68.479	70.300	73.404	76.284	81.257
- davon mit Kfz.	51.109	48.620	43.657	42.153	41.259	37.318	35.626	38.441	39.568	43.023
- davon zu Fuß	20.698	23.268	25.784	31.748	31.823	30.348	34.042	33.877	35.609	37.056
- davon mit Krad, Fahrrad, Sicher- heitsmobil	2.501	2.300	1.887	1.906	2.146	813	631	1.086	1.107	1.178
Streifen- stunden Innen- stadt / Bahn- hofsge- biet	26.709	23.752	24.071	28.428	26.140	24.629	33.903	39.157	36.313	36.994
Streifen- stunden in den Stadttei- len	47.599	50.436	47.257	47.379	49.088	43.850	36.397	34.247	39.971	44.263



Sicherheitstelefon

Die höchste Zahl an Anrufen seit Einführung der Statistik ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Häufig waren Unsicherheiten hinsichtlich der Vorgaben der Corona Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung (CoKoBeV) Ursache für Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger. Hauptsächlich wurden jedoch Verstöße gemeldet.

Auch kam es durch den verstärkten Aufenthalt der Menschen im Freien (und der Bildung regelrechter Hotspots) zu einer gestiegenen Anzahl an Lärmbeschwerden.

Die Beschwerden über Abfallansammlungen im öffentlichen Raum erhöhten sich ebenfalls, was durch eine enorme Zunahme des Verkaufs von Speisen und Getränken in "to-go"-Verpackungen sowie durch private Entrümpelungsaktionen während des "Lockdowns" zu erklären ist.

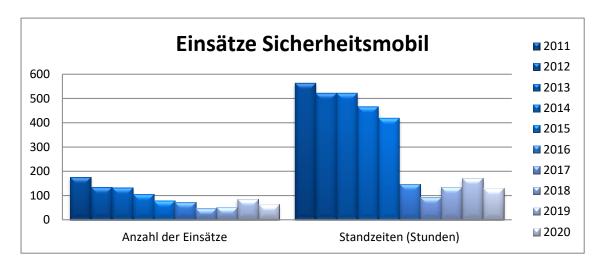
Anrufe beim Sicherheitstelefon	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	16.727	14.786	16.196	14.811	17.042	18.234	17.314	16.266	18.033	21.561
Lärm/ Ruhestörungen	3.173	2.479	2.648	2.469	2.783	2.319	2.472	2.564	2.471	2.638
Umwelt- und Naturschutz	1.407	1.302	1.449	1.201	1.131	716	518	604	641	667
Thematik Hunde	267	240	308	325	207	156	155	180	215	169
Problemgruppen (z. B. aggressive Bettler/-innen, la- gernde Personen- gruppen)	507	474	869	695	697	609	756	808	697	689
Thematik Straßen- verkehr	3.907	3.508	3.694	3.600	4.631	4.861	4.779	4.052	5.028	4.681
Allgemeine Aus- künfte/sonstige Maßnahmen	5.964	5.389	5.538	4.765	6.235	5.877	4.741	3.667	3.780	7.293
Zuständigkeit ande- rer Behörden	1.502	1.394	1.690	1.363	1.133	2.228	2.363	2.865	3.503	1.946
Sonstige Maßnah- men der Gefahren- abwehr	nicht se- parat er- hoben	1.468	1.530	1.526	1.698	3.478				

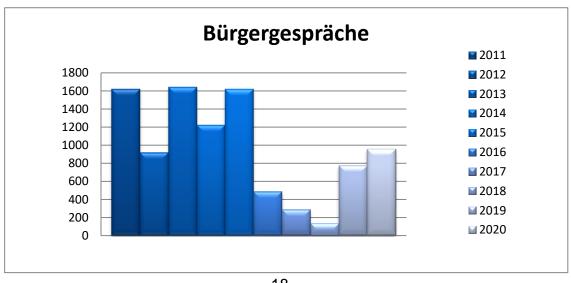
Sicherheitsmobil

Aufgrund der priorisiert durchzuführenden Kontrollen zur Einhaltung der Vorgaben der CoKoBeV mussten die Einsatzzeiten des Sicherheitsmobils reduziert werden. Dennoch kam es, trotz verminderter Standzeiten, zu einer hohen Anzahl an Bürgergesprächen. Dies zeigt die Wichtigkeit dieses Einsatzmittels, das sich gerade in Krisenzeiten besonders als Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern erweist.

Die jeweiligen Einsatztermine des Sicherheitsmobils in den Stadtteilen werden in der Presse veröffentlicht, können aber auch jederzeit über die Homepage der Stadt Frankfurt am Main "www.frankfurt.de", unter dem Suchbegriff "Sicherheitsmobil", abgerufen werden.

Einsätze des Sicherheitsmobils	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Anzahl der Einsätze	176	134	133	107	79	74	47	51	85	64
Standzeiten (in Stunden)	564	523	521	466	418	147	94	135	172	130
Anzahl der Bürgergespräche	1.621	917	1.641	1.223	1.618	485	285	394	773	955





Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten

Durch die pandemisch bedingte Aufgabenpriorisierung mussten Abstriche bei der Erledigung der Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten der Stadtpolizei in Kauf genommen werden. Diese Handlungsfelder werden eigentlich maßgeblich durch zivile Kräfte bearbeitet, die mit Kontrollmaßnahmen nach der CoKoBeV beauftragt werden mussten.

Insgesamt lag der Rückgang der Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten gegenüber dem Jahr 2019 bei rund 20%.

Mit einer Kehrtwende wird erst nach Abschluss der Pandemie gerechnet.

Ermittlg. / Aufträge	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
in Stunden	38.653	37.901	30.180	32.360	34.495	36.595	32.122	25.765	23.085	18.620

Kfz- und Wohnsitzermittlungen

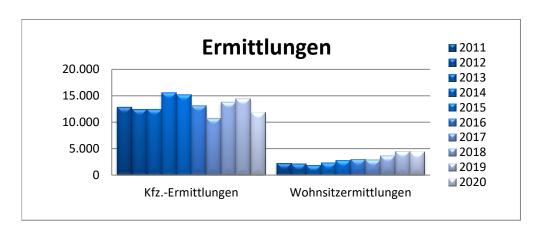
Die Anzahl der Wohnsitzermittlungen ist abhängig von den beauftragenden Behörden. Sie hat sich bei leichter Abnahme auf hohem Niveau eingependelt.

Die Anzahl der Kfz.-Ermittlungen ist seit sechs Jahren rückläufig, was ebenfalls auf die zurückgehenden Beauftragungen durch die zuliefernden Ämter und Behörden zurückzuführen ist.

In diesem Jahr ist aufgrund der besonderen Situation ein weiterer deutlicher Rückgang bei den Aufträgen zur Überprüfung der Kfz festzustellen.

Ermitt- lungen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	15.117	14.562	14.364	17.955	18.068	16.163	13.687	13.844	14.485	11.915
Kfz-Er- mittlun- gen*	12.807	12.432	12.476	15.602	15.252	13.159	10.814	10.125	9.903	7.522
Wohn- sitzermitt- lungen*	2.310	2.130	1.888	2.353	2.816	3.004	2.873	3.719	4.582	4.393

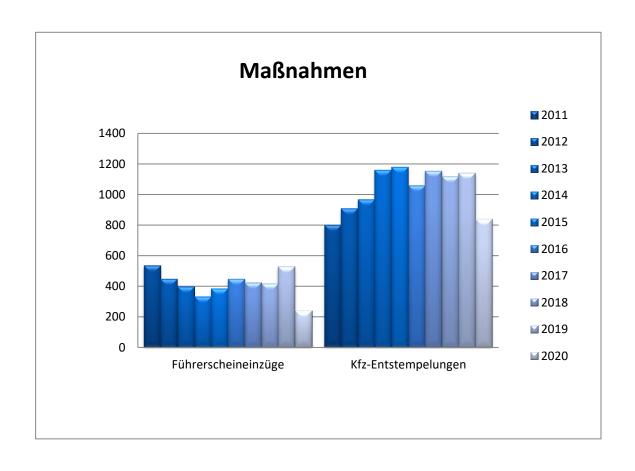
^{*} inkl. Nachermittlungen



Führerscheineinzüge - KFZ-Entstempelungen

Die Auswirkungen der Lockdowns und die zunehmende Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Home-Office hatten zur Folge, dass weniger Fahrten erfolgten und deshalb auch weniger Fahrverbote erteilt wurden, was die Anzahl der Führerscheineinzüge deutlich reduzierte.

Maßnahmen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	1.335	1.354	1.365	1.491	1.736	1.505	1.576	1.537	1.670	1.079
Führerscheinein- züge	535	446	398	331	385	447	424	419	529	240
Zwangsweise Außerbetriebset- zung von Kfz.	800	908	967	1.160	1.181	1.058	1.152	1.118	1.141	839



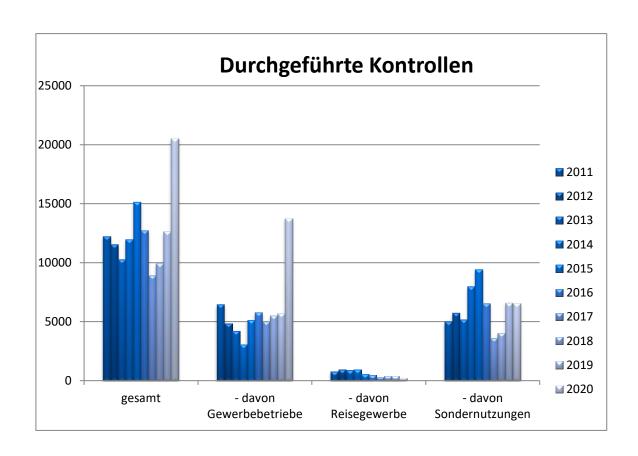
Gewerbeüberwachung und Sondernutzungskontrollen

Die pandemische Ausnahmesituation führte zu intensiven Kontrollmaßnahmen zur Einhaltung der erlassenen Corona-Vorschriften. Schwerpunkte waren hierbei die Schließungs- und Abstandsgebote sowie die Maskenkontrollen in den Einzelhandelsgeschäften.

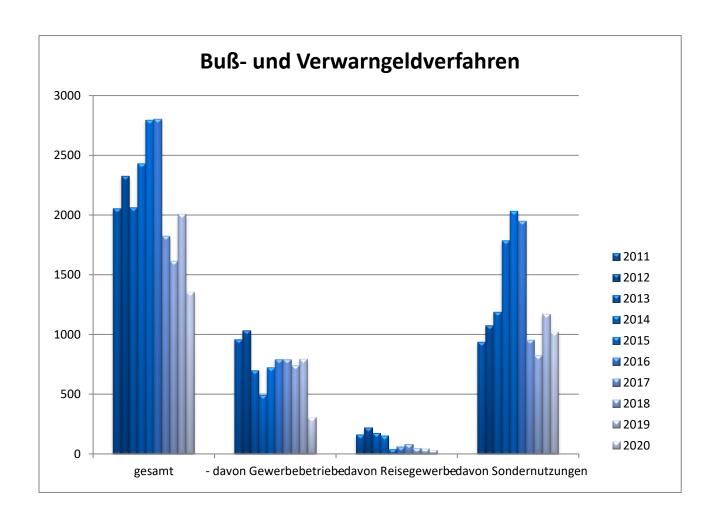
In Folge der umfangreichen Geschäftsschließungen in der Innenstadt und des daraus folgenden Rückgangs der Besucherinnen und Besucher blieben die Reisegewerbetreibenden weitgehend aus, was sich entsprechend auf die Verstöße auswirkte.

Die Verhängung von Bußgeldern in empfindlicher Höhe führte zu einer Verhaltensänderung der Gewerbetreibenden und damit zum Rückgang der Verfahren.

Durchge- führte Kontrollen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt, da- von	12.192	11.507	10.261	11.941	15.115	12.725	8.903	9.918	12.627	20.513
- Gewerbe- betriebe	6.443	4.839	4.201	3.057	5.150	5.738	5.007	5.530	5.671	13.741
- Reisege- werbe	764	945	876	935	545	474	291	366	370	224
- Sonder- nutzungen	4.985	5.723	5.184	7.949	9.420	6.513	3.605	4.022	6.586	6.548



Eingeleitete Buß- und Verwarngeld- verfahren	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt, davon	2.052	2.325	2.061	2.430	2.794	2.801	1.822	1.613	2.006	1.356
- Gewerbebetriebe	957	1.032	697	493	721	789	790	740	794	303
- Reisegewerbe	161	221	175	152	42	62	80	50	44	32
- Sondernutzungen	934	1.072	1.189	1.785	2.031	1.950	952	823	1.168	1.021



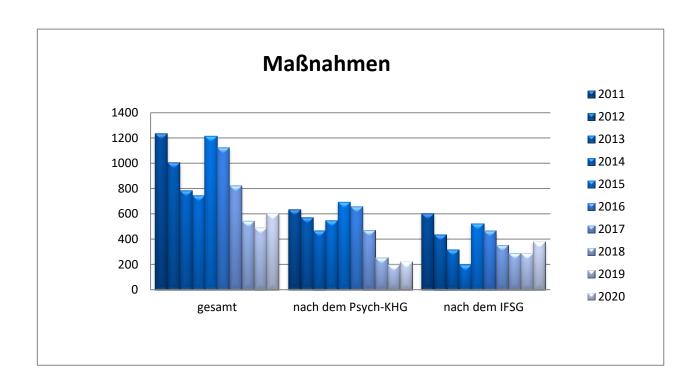
Gesundheitsaufsicht

Die Anzahl der Maßnahmen nach dem Hessischen Gesetz über Hilfen bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) richtet sich nach den Meldungen über gefährdete Personen seitens Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern aus der Bevölkerung, der Landespolizei, der Sozialämter oder der Gerichte.

Die dargestellten Maßnahmen nach dem IfSG beziehen sich ausschließlich auf die Bekämpfung von Gesundheitsschädlingen (Ratten) im Auftrag der zuständigen Abteilung des Ordnungsamtes.

Die umfangreichen Maßnahmen bezüglich der Überprüfungen nach den Corona-Vorschriften werden gesondert dargestellt.

Maßnahmen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	1.235	1.005	782	745	1.216	1.123	823	541	489	600
nach dem Psych- KHG	634	569	465	547	693	656	470	253	199	221
nach dem IfSG	601	436	317	198	523	467	353	288	290	379



Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung

Die Zahl der eingeleiteten Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz ist im Vergleich zu den Vorjahren weiter rückläufig, da unter anderem pandemiebedingt weniger Personen bei der Ausländerbehörde vorsprachen, bei denen aufgrund einer fehlenden Aufenthaltserlaubnis Strafverfahren eingeleitet wurden. Seitens der Stadtpolizei erfolgten zudem aus gleichem Grund weniger Aktions-/Kontrolltage.

Gleichbleibend auf niedrigem Niveau bleibt die Zahl eingeleiteter Strafverfahren gegen Arbeitgeber aufgrund illegaler Beschäftigung von nichtdeutschen Staatsangehörigen.

Hierzu ist anzumerken, dass die zahlreichen Kontrollen der Stadtpolizei der letzten Jahre in den Gewerbebetrieben offensichtlich bei den Arbeitgebern zu einer merklichen Verhaltensänderung geführt haben. Dieser positive Trend wird auch in Zukunft durch entsprechende Kontrollen begleitet.

Bezüglich des weiterhin deutlichen Anstiegs von Scheinehen erfolgte seitens der Ausländerbehörde eine Schwerpunktsetzung und daraus resultierend auch vermehrte Ermittlungsaufträge an die Stadtpolizei, mit entsprechenden Feststellungen.

Durch die pandemiebedingte Schließung der Laufhäuser kam es zu einem stark erhöhten Aufkommen von Straßenprostituierten im Bereich des Bahnhofsgebietes. Aufgrund des erhöhten Kontrolldrucks durch Landes- und Stadtpolizei wurde auch der ebenfalls hohen Beschwerdelage der Öffentlichkeit begegnet. Neben der Einleitung von mehreren Hundert Ordnungswidrigkeitenverfahren wurden gegen 37 Frauen wegen beharrlicher Ausübung der verbotenen Prostitution entsprechende Strafverfahren eingeleitet.

Aufgrund der Schließung der Bordelle verlegten viele Prostituierte in Hotels und Wohnungen; in diesem Zusammenhang wurden gezielte Kontrollen in Hotels, insbesondere im Bahnhofsgebiet, durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass viele der Prostituierten ihrer Tätigkeit ohne erforderliche Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nachgingen.

Maßnahmen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	896	781	801	729	636	683	816	704	552	438
Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen	90	56	65	91	67	37	67	53	78	100
Eingeleitete Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz	466	346	437	441	449	485	583	570	458	322
Strafverfahren gegen Arbeit- geber/-innen wg. illegaler Beschäftigung nichtdeut- scher Staatsangehöriger	54	78	93	67	37	64	91	46	16	16
Abschiebungen durch die Stadtpolizei	286	301	206	130	83	97	75	35 (bis 01.07.)	entfal- len	ent- fallen

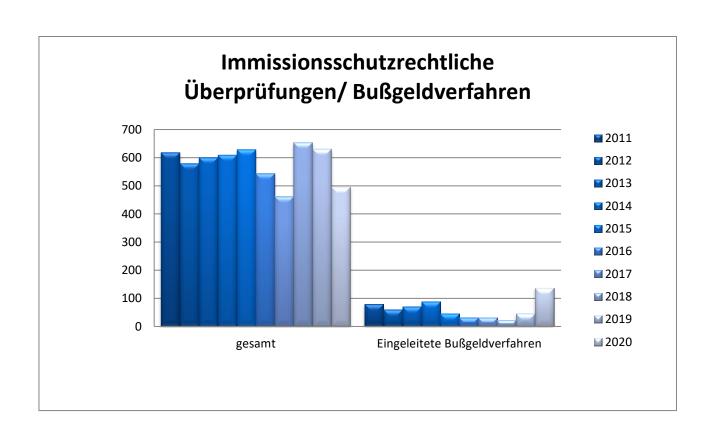
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen

Die Gesamtzahl der immissionsschutzrechtlichen Überprüfungen in Gaststätten wird in der folgenden Tabelle dargestellt; die Corona-bedingten Kontrollen sind hier nicht aufgeführt.

Durch die Dienstgruppe "Immissionsschutz" wurden gezielt Kontrollen von Gaststätten, Clubs und Shisha-Bars, insbesondere hinsichtlich der Schließungsgebote zwischen 05:00 Uhr und 06:00 Uhr sowie nach der jeweils gültigen Allgemeinverfügung der Stadt Frankfurt am Main durchgeführt.

Hieraus resultiert die Steigerung der eingeleiteten Bußgeldverfahren.

Immissionsschutzrechtli- che Überprüfungen in Gaststätten	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	618	579	600	609	628	543	461	654	631	496
aufgrund von Beschwerden	458	420	418	437	446	313	329	436	425	387
Bauvorprüfungsverfahren, Shisha-Bars, Präventivkon- trollen etc.	160	159	182	172	182	230	132	218	206	109
Eingeleitete Bußgeldver- fahren	79	59	70	88	45	32	31	22	46	137
Immissionsschutzrechtli- che Überprüfungen bei Veranstaltungen	56	86	95	97	77	83	72	96	136	75



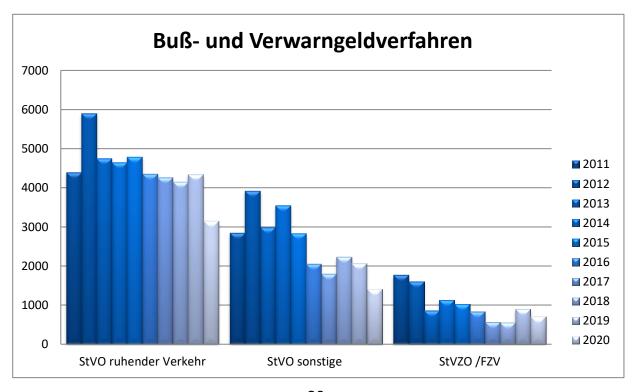
Verstöße rund ums Auto

Im vergangenen Jahr ging die Anzahl dieser Verstöße, die durch die Stadtpolizei bearbeitet wurden, insgesamt zurück. Ursächlich ist hier die pandemiebedingte Einschränkung hinsichtlich des Parkens auf Feld- und Forstwegen am Stadion aufgrund der nicht mehr vor Publikum stattfindenden Fußballspiele.

Auch der Rückgang der Verfahren beim "Parken in Grünanlagen" erklärt sich u.a. durch den Wegfall von Märkten und Festen, in deren Umfeld diese Verstöße hauptsächlich vorkamen sowie baulichen Veränderungen, die in besonders belasteten Bereichen angebracht wurden und illegales Parken verhinderten.

Das Verkehrsaufkommen im gesamten Innenstadtbereich war durch die heruntergefahrene Wirtschaft (geschlossene Geschäfte, erhöhtes Arbeiten im Home-Office) rückläufig, woraus auch der Rückgang in der Rubrik "StVO sonstige" resultiert.

Eingeleitete Buß- und Verwarngeldver- fahren	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ruhender Verkehr (Falschparken), davon:	4.391	5.888	4.738	4.637	4.788	4.343	4.260	4.140	4.331	3.148
- im öffentlichen Stra- ßenverkehr	2.854	3.609	2.451	2.224	2.828	2.049	2.522	2.390	2.349	2.334
- in Grünanlagen	1.035	1.575	1.503	1.273	1.019	831	804	800	1.130	498
- auf Feld- und Forst- wegen	502	704	784	1.140	941	1.463	934	950	852	316
StVO sonstige (ohne Führerschein, Telefo- nieren, Feinstaubpla- kette usw.)	2.847	3.919	2.977	3.545	3.182	2.503	1.796	2.228	2.061	1.407
StVZO/FZV (entstem- pelte Kfz., Fahrzeug- mängel usw.)	1.769	1.603	863	1.131	1.346	926	571	553	898	709

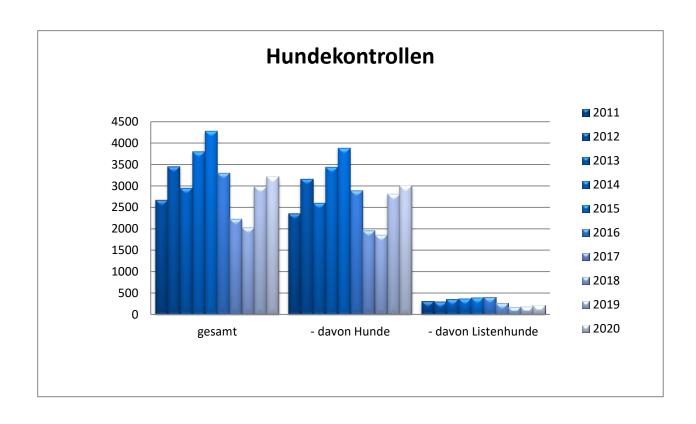


Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden

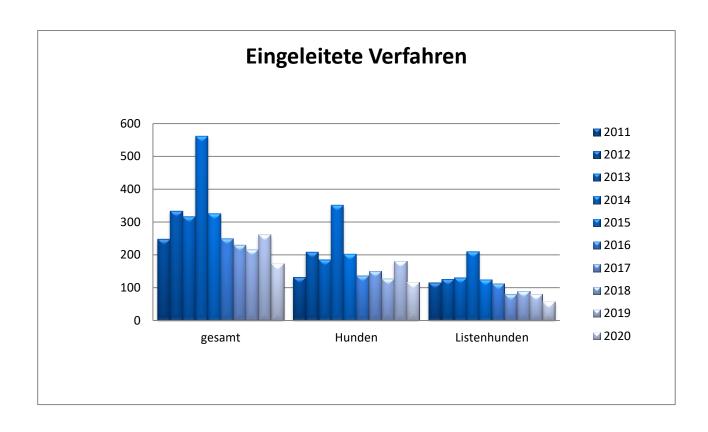
In Frankfurt waren zum Jahresende 19.400 Hunde steuerlich erfasst, davon 313 erlaubnispflichtige Listenhunde. Dies ist ein Zuwachs von 1.000 Hunden gegenüber dem Vorjahr. Diese Zunahme sowie die verstärkte Überwachung der Grünanlagen, Parks und des Mainufers, führten zur Steigerung der Fallzahlen.

Die verstärkten Hundekontrollen führten allerdings nicht gleichermaßen zur Erhöhung der eingeleiteten Verwarngeld-/ Bußgeldverfahren, sondern zum Rückgang derselben. Die Einsicht und das rechtskonforme Verhalten der Hundehalter*innen haben sich deutlich verbessert, insbesondere bei den Halterinnen/Haltern von Listenhunden.

Hundekontrollen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt, davon	2.667	3.455	2.944	3.804	4.279	3.298	2.222	2.027	2.986	3.219
- Hunde	2.356	3.158	2.593	3.441	3.889	2.892	1.956	1.854	2.803	3.004
- Listenhunde	311	297	351	363	390	406	266	173	183	215



Eingeleitete Buß- und Verwarngeldverfahren gegen Halter/-innen bzw. Führer/-innen von	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	248	334	316	562	326	249	230	216	261	174
Hunden	132	208	186	352	202	137	150	127	181	117
Listenhunden	116	126	130	210	124	112	80	89	80	57



Beanstandungsquote in % (Bußgeldverfahren/Kontrollen)	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Halter/innen von Hunden	5,6	6,6	7,2	10,2	5,2	4,7	7,7	6,9	6,5	3,9
Halter/innen von Listenhunden	37,3	42,4	37,0	57,9	34,2	27,6	30,1	51,2	43,7	26,5

Sicherstellungen von Hunden	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Sicherstellungen gesamt	82	68	82	71	68	53	48	48	32	25

Waffenkontrollen

Die Zahl der Waffenkontrollen im Auftrag der Waffenbehörde ist gegenüber den letzten beiden Jahren wieder leicht gestiegen, erreicht aber nicht mehr die hohen Werte, wie im Rahmen des Aufbaus des Nationalen Waffenregisters in den Jahren 2015 – 2017.

Die Zahl der festgestellten Verstöße der Waffenbesitzer/innen, die nach dem hohen Wert in 2017 deutlich zurückgegangen war, ist 2020 wieder angestiegen. Die Quote der Beanstandungen (Verhältnis "Beanstandungen / durchgeführte Kontrollen") ist dabei von 39,6 % in 2019 auf 35,6 % gesunken.

Waffenkontrollen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	199	172	44	81	188	320	265	95	96	129
ohne Beanstandun- gen	196	164	43	77	139	262	145	76	58	83
mit Beanstandungen	3	8	1	4	49	58	80	19	38	46

Die im Rahmen der durchgeführten Kontrollen erforderlichen Sicherstellungen von Waffen sind gegenüber dem Vorjahr wieder rückläufig und erreichten fast exakt den Stand von 2019.

Sicherstellung von Waffen/Munition	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Langwaffen	*	*	*	*	*	*	110	24	35	22
Kurzwaffen	*	*	*	*	*	*	97	44	59	42
Munition (in Schuss)	*	*	*	*	*	*	27.189	961	8.670	18.174

^{*} Die statistische Erfassung der Stadtpolizei erfolgt erst ab 2017

Es wurden wieder deutlich mehr Lang- und Kurzwaffen sowie Munition freiwillig abgegeben. In aller Regel erfolgen die Abgaben im Zuge von Erbschaftsangelegenheiten bzw. durch das Ableben der Waffenbesitzerin/des Waffenbesitzers.

Freiwillige Abgabe von Waffen/Munition	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Langwaffen	38	66	37	49	135	64	43	21	20	35
Kurzwaffen	22	76	41	44	95	105	66	18	18	66
Munition (in Schuss)	2.000	7.300	10.266	3.011	17.909	11.547	6.394	5.762	5.005	12.549

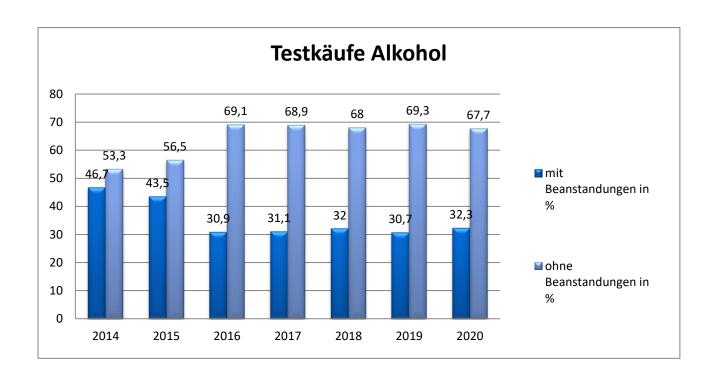
Testkäufe Alkohol

In Zusammenarbeit von Stadtpolizei, Präventionsrat sowie Jugend- und Sozialamt werden seit 2014 in Frankfurt am Main Alkohol-Testkäufe mit dafür geschulten Jugendlichen durchgeführt. Sie werden dabei durch besonders ausgebildete Stadtpolizisten begleitet.

Zum Schutz der jugendlichen Testkäuferinnen und Testkäufer wurden mit Beginn der Pandemie ab März 2020 die Testkäufe ausgesetzt. Es erfolgten lediglich 2 Kontrollen, die zwar nicht als "repräsentativ" gewertet werden können, aber dennoch die gleichen Ergebnisse aufzeigen.

Die weiter bei einem Drittel liegende Beanstandungsquote lässt allerdings keine Zweifel an der Notwendigkeit aufkommen, die Maßnahmen fortzuführen, um auch auf Dauer zu erreichen, dass an Jugendliche kein Alkohol mehr verkauft wird.

Testkäufe Alkohol	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kontrollen gesamt	152	161	162	180	153	150	31
Beanstandungen	71	70	50	56	49	46	10
Ohne Beanstandungen	81	91	112	124	104	104	21

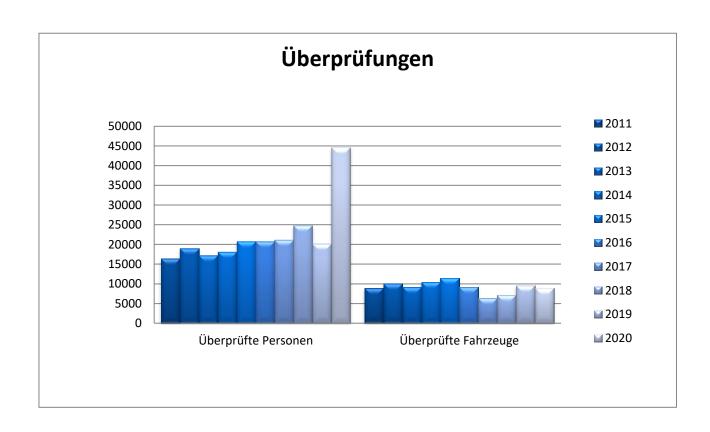


Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen

Die pandemiebedingte Überprüfung von Personen stützt sich vordergründig auf zwei Sachverhalte. Zum einen ging es um die Personalienfeststellungen wegen Verstößen gegen die Maskenpflicht und zum anderen um Gewerbetreibende, bei denen eine Kontrolle zur Identitätsfeststellung der verantwortlichen Person vor Ort zwingend erforderlich war (z. B. zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens). Sie machten rund 70% der knapp 45.000 Überprüfungen aus.

Der Rückgang der Fahrzeugüberprüfungen resultierte aus dem Rückgang des Fahrzeugaufkommens (Home-Office, weniger Veranstaltungen) sowie aus den reduzierten Überwachungsmaßnahmen nach dem Pflichtversicherungsgesetz. Gleichwohl liegt die Zahl der Fahrzeugkontrollen noch deutlich über den Jahren 2017 und 2018.

Überprü- fungen durch die Stadtpo- lizei	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Über- prüfte Personen	16.377	18.900	17.184	17.994	20.789	20.689	21.084	24.785	20.084	44.624
Über- prüfte Fahr- zeuge	8.861	10.062	9.122	10.381	11.409	9.140	6.430	7.124	9.547	8.908



Repressive Maßnahmen

Die Corona-bedingten Grundrechtseinschränkungen waren anfangs völliges Neuland für die Bevölkerung und es bedurfte einer Eingewöhnungszeit, bis allen die jeweils aktuellen Regeln bekannt waren. Aus diesem Grund begegnete die Stadtpolizei den Verstößen zunächst mit Hinweisen, Ermahnungen und Belehrungen. Das erklärt auch den Anstieg in diesem Segment von gut 50%.

Es zeigte sich aber sehr bald, dass mit Appellen nicht alle Personen erreicht werden konnten, obwohl umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt wurden. So war es erforderlich, in einem zweiten Schritt die konsequente Einhaltung der Corona-Regeln, vor allem der Maskenpflicht, über die Verhängung von Barverwarnungen bzw. Bußgeldern sicherzustellen.

Repressive Maßnahmen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	21.014	23.587	16.421	18.498	23.649	22.194	26.601	25.757	29.600	39.615
Ermahnungen/Beleh- rungen/ Allgemeine Gefahren- abwehr	2.759	3.080	1.859	1.993	5.205	5.661	9.920	8.623	11.479	17.943
Barverwarnungen	1.021	1.001	581	763	586	507	616	780	1.004	1.503
Eingeleitete Ordnungswidrig- keitenverfahren	15.950	18.022	13.010	14.760	16.537	14.744	13.666	13.943	15.105	18.553
Platzverweise	506	833	398	422	634	456	1.083	1.293	979	912
Sistierungen	456	338	306	308	368	402	783	561	393	269
Einlieferungen in die Haftzellen	127	82	77	78	74	83	131	80	115	47
Sicherstellungen (ohne Hunde + Füh- rerscheine)	195	231	190	174	245	341	402	477	525	388

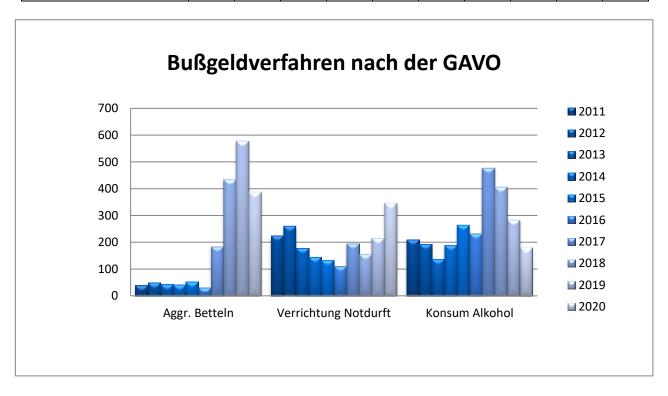
Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung

Mit der Schließung vieler Geschäfte auf den Einkaufsstraßen ging auch die Anzahl an Bettlern in diesem Bereich zurück, weil es sich in den nun wenig frequentierten Örtlichkeiten nicht mehr lohnte, auf Spenden zu hoffen. Hieraus resultiert auch der Rückgang der Bußgeldverfahren wegen aggressiven Bettelns.

Der deutliche Anstieg der Verwarn- und Bußgeldverfahren beim Verrichten der Notdurft außerhalb von Bedürfnisanstalten ist quasi vollständig auf Personen, die an Corona-Partys am Opernplatz oder in Grünanlagen teilnahmen, zurückzuführen. Gerade in diesem Deliktsfeld zeigten sich ertappte Personen wenig verständnisvoll bis verbal aggressiv. Zu körperlichen Übergriffen auf die Einsatzkräfte kam es nur in wenigen Einzelfällen.

Die 179 eingeleiteten Verwarn- und Bußgeldverfahren betreffen ausschließlich die Alkoholkonsumverstöße nach der Gefahrenabwehrverordnung. Die Verstöße nach den Corona-Vorschriften sind in der Grafik auf Seite 8 aufgeführt.

Eingeleitete Verwarn- und Bußgeldverfahren nach der GAVO	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aggressives Betteln oder Betteln mit oder durch Kinder	39	50	43	42	52	31	184	433	577	387
Verrichtung der Notdurft außerhalb von Bedürfnisanstalten	225	260	177	144	133	111	195	156	215	346
Konsum von Alkohol	210	193	138	189	263	232	476	406	282	179



Strafanzeigen der Stadtpolizei

Der immense Anstieg an Anzeigen wegen beharrlichem Prostitutionsverstoß (§ 184 f StGB) liegt vordergründig an der Schließung der Prostitutionsstätten mit der Folge, dass sich viele der Prostituierten im Bahnhofsviertel, das keine Toleranzzone ist, auf den Straßenstrich begeben haben. Auch die Kontrollen über die Nutzung von Hotelzimmern, die zur Aufrechterhaltung einer illegalen Prostitutionsausübung zweckentfremdet wurden, spielten hierbei eine wichtige Rolle.

Strafanzeigen der Stadtpolizei (ohne Verstöße gegen das BtMG)	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gesamt	991	941	1.078	753	1.275	3.122	3.797	3.611	3.370	2.585
Aufenthaltsgesetz	466	346	437	441	449	485	583	570	458	322
Pflichtversicherungsgesetz*	127	146	135	89	631	2.537	2.894	2.850	2.715	1.997
Strafverfahren gegen Arbeit- geber/-innen wegen illegaler Beschäftigung nichtdeut- scher Staatsangehöriger	54	78	93	67	37	64	91	46	16	16
Urkundenfälschung	148	160	250	20	22	26	19	29	28	34
Verbotene Prostitution § 184 f StGB	20	17	7	14	11	5	6	0	4	49
Umweltgefährdende Abfall- beseitigung	35	24	15	27	40	23	23	15	30	12
Verkehrsstraftaten	31	27	16	7	10	16	7	22	33	35
Sonstige (z.B. Steuerhinter- ziehung, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Betrug, Siegelbruch, Fischwilderei)	82	107	88	77	74	86	172	79	86	120

^{*}Fahren ohne Führerschein, Kfz.-Steuergesetz/Abgabenordnung, ohne Versicherungsschutz

Impressum:

Redaktion

Matthias Heinrich (verantwortlich)

+49 (0)69 212 40010

matthias.heinrich@stadt-frankfurt.de

Unter der Mitarbeit von

Gerald Glamser, Steffen Gransow, Heinz-Walter Giesel, Sabine Loos

Alle Rechte vorbehalten © Stadt Frankfurt am Main

Bilder: Deckblatt, Seiten 5, 11 und 14: Salome Roessler/lensandlight

Bezugsadresse:

Ordnungsamt Frankfurt am Main Stadtpolizei Kleyerstraße 86 60326 Frankfurt am Main

+49 (0)69 212 44044 +49 (0)69 212 32890

sicherheit@stadt-frankfurt.de www.ordnungsamt.frankfurt.de

Im April 2021

Dem Redaktionsteam danke ich für die gute und übersichtliche Aufbereitung der einzelnen Grafiken und der aussagekräftigen Erstellung der Erläuterungen.

Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesem besonderen Jahr 2020 mit den vielen speziellen Herausforderungen und der dauerhaften hohen Belastung großartige Arbeit geleistet und gute Ergebnisse mit hohem Engagement und Motivation erarbeitet haben!

Matthias Heinrich Leiter Stadtpolizei

M. Kin of













Ordnungsamt Frankfurt am Main Stadtpolizei Kleyerstraße 86 60326 Frankfurt am Main

www.ordnungsamt.frankfurt.de sicherheit@stadt-frankfurt.de Sicherheitstelefon 069/212 44044 (Rund um die Uhr besetzt)